

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

KINDER UND KITAS: NIEMALS NEBENSACHE!

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

die Frage war nicht einmal böse gemeint, aber sie gab mir zu denken: „Jetzt gab es erst einen Schul-Gipfel der SPD, nun einen Kita-Gipfel. Gibt es nicht noch andere Probleme, den Krieg in der Ukraine, Flucht und Vertreibung...?“

Doch, es gibt viele andere Probleme. Aber es gibt fast kein Problem, bei dem Bildung nicht der Schlüssel zur Lösung ist. Geflüchtete aus der Ukraine bringen ihre Kinder mit, und das bedeutet, dass unsere Kitas sogar noch wichtiger werden. Und auch die alarmierenden Schulstudien machen klar, dass es mehr frühkindliche Bildung braucht.

Darum auch der Kita-Gipfel, zu dem am 8. Juli im Landtag viele Erzieher:innen, Fachleute, Eltern, auch Mitarbeitende von Kommunen und Kita-Trägern zusammengekommen sind, um den aktu-



Sie gehören zu den Wichtigsten: Kinder in Baden-Württemberg haben Besseres verdient, als sie von der grün-schwarzen Landesregierung geboten bekommen.

ellen Stand und die aktuellen Probleme zu beleuchten.

Von den Problemen haben wir alle schon gehört: Kürzungen bei den Öffnungszeiten, Schließungen von Gruppen, Eltern, die deswegen ihre Arbeitszeit verkürzen und so den Fachkräftemangel verstärken. Gute Kitas, das ist bei Grün-Schwarz leider noch lange nicht

angekommen, sind viel mehr als Betreuung und dürfen kein unverbindliches Angebot sein. **Für unser Land und seine Wirtschaft sind Kitas keine Kür, sondern eine Pflichtaufgabe.** Erst recht, nachdem Baden-Württemberg seit 2016 wegen des konservativen Geschlechter- und Familienbilds der mitregierenden CDU komplett ins Hintertreffen geraten ist.

Von dem Kita-Gipfel gehen wichtige Signale aus. Wir können es uns gar nicht leisten, bei der frühkindlichen Bildung stehenzubleiben oder gar den Rotstift zu zücken. Wir brauchen mehr Quantität, aber auch mehr Qualität. Es braucht Fachkräfteinitiativen und Nachwuchsgewinnung, verlässliche Rahmenbedingungen und die verdiente Wertschätzung: In den Kitas werden entscheidende Weichen im Leben unserer Kinder gestellt. Eine gro-

ße Verantwortung für die Erzieher:innen, aber auch ein großes Potenzial, das wir endlich heben müssen!

Lasst uns nicht aufhören, für diese Sache zu kämpfen. Erklären wir, dass alle Herausforderungen unserer Zeit und unserer Zukunft immer mit Bildung zusammenhängen. Dass genügend Kita-Plätze ein Standortfaktor für unsere Wirtschaft sind. Dass Erzieher:innen glasklar pädagogische Arbeit leisten und nicht

nur „auf Kinder aufpassen“.

Und gerade **weil Kitas so enorm wichtig für ein ganzes Leben sind,**

müssen sie gebührenfrei sein!

Erklären wir, dass Kitas und Kinder niemals Nebensache sind. Wir als SPD haben das verstanden!

Euer

Andreas Stoch

Der Kita-Gipfel fand nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt. Informiert euch hier über seine Ergebnisse: <https://www.spd-landtag-bw.de/kita-gipfel-der-spd-landtagsfraktion/>



Unser Engagement ist beständig und konsequent: Schon beim Volksbegehren 2019 hatten wir uns für die Abschaffung der Kita-Gebühren eingesetzt.

DEMOKRATIE LEBEN: UNSERE ERINNERUNGSKULTUR

Demokratie zu leben, heißt auch, sich zu erinnern und sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. „Denn wer sich nicht erinnert, was geschehen ist, der hat auch vergessen, was geschehen kann“, wie unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte.

Die Erinnerungskultur ist ein wichtiger Teil unseres sozialdemokratischen Selbstverständnisses. Deshalb wollen wir mit euch den Blick auf einige Ereignisse werfen.



Herta Däubler-Gmelin am 2. Juli bei einer Gedenkstunde der SPD Baden-Württemberg in Stetten am kalten Markt

GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS: DAS LAGER HEUBERG

Am 2. Juli haben wir mit einer Gedenkstunde an die **Inhaftierten des ersten Konzentrationslagers Baden-Württembergs, des KZ Heuberg in Stetten am kalten Markt**, erinnert, das vor 90 Jahren errichtet wurde.

Im Konzentrationslager Heuberg wurden zeitweise mehr als 2.000 Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen, aber auch weitere politische Gegner:innen des NS-Regimes inhaftiert und einer unmenschlichen Behandlung unterworfen. Unter ihnen waren etwa Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg

und der spätere Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Fritz Bauer initiierte die Auschwitz-Prozesse und trug zur Ergreifung von Adolf Eichmann bei.

Als erstes sogenanntes „Schutzhaftlager“ der NS-Diktatur in Deutschland bildete es eine der Urzellen jenes Lagersystems, das sich über ganz Deutschland ausbreitete und in den Massenvernichtungslagern seinen grausamen Höhepunkt fand. 50 Jahre nach der Eröffnung des Lagers, im Jahr 1983, haben wir als SPD Baden-Württemberg eine Gedenkstätte initiiert und eingeweiht.

RECHTER TERROR IN DER GEGENWART AM BEISPIEL UTØYA

Auf einer Delegationsreise im Mai reiste unser Generalsekretär Sascha Binder gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Jonas Weber und Boris Weirauch nach Norwegen. Dort besuchten sie auf der Insel Utøya auch die Gedenkstätte für die Opfer der rechtsterroristischen Anschläge 2011 und legten einen Kranz nieder.

In Oslo und auf Utøya tötete ein Rechtsextremist 77 Menschen – ein Tag des Schreckens, der nie vergessen wird. Die meisten der Opfer waren Teilnehmer:innen eines Sommerlagers der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Partei. Die Anschläge in Norwegen zeigten uns, wohin Hass, Hetze und Verblendung in der Gegenwart führen können. **Alle Demokrat:innen dürfen nie aufhören, sich für eine Gesellschaft einzusetzen, die auf Toleranz und gegenseitigem Respekt basiert. Es ist unser aller Aufgabe, Hass und Hetze entschieden entgegenzutreten.**



Unsere Landtagsabgeordneten Jonas Weber, Boris Weirauch und Sascha Binder (v.l.n.r.) bei der Kranzniederlegung auf der Insel Utøya

DEUTSCHES KOLONIALES UNRECHT IN KAMERUN

Am 8. August 1914 wurde **Rudolf Duala Manga Bell, König der Duala** (einer Volksgruppe im heutigen Kamerun) von der deutschen Kolonialverwaltung wegen angeblichen Hochverrats öffentlich hingerichtet. Der Prozess



wurde in einem Schnellverfahren durchgeführt und widersprach in grober Weise selbst den damals geltenden Mindeststandards. So konnten etwa die Verteidiger, zu denen der damalige SPD-Vorsitzende Hugo Haase gehörte, nicht an dem Verfahren teilnehmen.

Rudolf Duala Manga Bell hatte einen besonderen Bezug zu Baden-Württemberg: Er besuchte Schulen in Aalen und Ulm, er kannte die deutsche Kultur und das deutsche Rechtssystem. Seine Kenntnisse nutzte er zunächst erfolgreich, um unter anderem die deutsche Bevölkerung und Politik über die Willkürherrschaft in der eigenen Kolonie aufzuklären. Diesen friedlichen Widerstand bezahlte er später mit seinem Leben. **In den Orten seines Wirkens in Baden-Württemberg wurden in jüngster Vergangenheit zwei Plätze nach ihm benannt**, um an das Unrecht zu erinnern: 2022 in Ulm und erst kürzlich am 2. Juli in Aalen.

2022 in Ulm und erst kürzlich am 2. Juli in Aalen.

TERMINE

SEPTEMBER '23:

FR 8. SEP · 15:30 > Präsidium (Online)

FR 8. SEP · 17:30 > Landesvorstand (Online)

MI 13. SEP · 18:30 > Juso-Landesvorstand (Online)

DI-DO 12. - 14. SEP > Klausur der Landtagsfraktion, Münsingen bei Reutlingen

FR 15. SEP · 19:00 > AsF-Landesvorstand (Online)

FR-SA 22. + 23. SEP > Klausur Landesvorstand, Stuttgart

SA 23 SEP > AfA-Landesvorstandsklausur, N.N.

SA 23 SEP > AG Selbst Aktiv Landesvorstand, Stuttgart

SA-SO 23. + 24. SEP > Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Freiburg

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Baden-Württemberg

Verantwortlich: Maja Schubert

Redaktion: Juri Binder, Maja Schubert, Stephan Wehner, Sophia Zimmermann

Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg · Wilhelmsplatz

10 · 70182 Stuttgart

Fon: 0711.61936-0

Mail: kommunikation-bw@spd.de

Internet: www.spd-bw.de

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM AUGUST zum 50. Partei-jubiläum:

zum 60.

zum 65.

zum 65.

Parteijubiläum: zum 50. Parteijubiläum:

zum 60.

zum 65.

zum 65.

zum 65.

zum 65.

zum 60.

zum 65.

zum 65.

zum 65.

zum 65.

zum 65.

zum 65.

MAFIA-LAND BADEN-WÜRTTEMBERG?

INTERVIEW MIT SASCHA BINDER, GENERALSEKRETÄR DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Von 770 bekannten Mitgliedern der italienisch organisierten Kriminalität deutschlandweit leben knapp 200 bei uns im Land. Was sind die Gründe dafür?

Für Angehörige der Mafia ist Baden-Württemberg Aktions- und Rückzugsraum zugleich: Rückzugsraum, weil wegen der geografischen Nähe und der Zuwanderung der sogenannten Gastarbeiter:innen in den 1950er- und 60er-Jahren vielfältige verwandtschaftliche Beziehungen bestehen. Aktionsraum, weil aufgrund der Wirtschaftsstärke unseres Landes vor allem die Geldwäsche ein lukratives Betätigungsfeld darstellt. Die Mafia scheint hier seit Jahren verwurzelt und sich wohlfühlen.

Hat die Landesregierung das Problem im Griff?

Ich habe zumindest nicht den Eindruck, dass in der Landesregierung das Be-

wusstsein vorherrscht, dass wir es hier mit einem Problem zu tun haben, bei dem ein klarer Schwerpunkt gesetzt werden muss. Erst neulich im Landtag wurde deutlich, dass der Innenminister die italienisch organisierte Kriminalität mit jeder anderen organisierten Kriminalität gleichsetzt. Das Thema müsste in seinem Haus aber zur Chefsache werden.

Was sind konkrete Schritte, um die Mafia im Land wirksam zu bekämpfen?

Ein erster wichtiger Schritt wäre, dass die *Task Force* zur Bekämpfung der Geldwäsche, so wie es sie etwa in NRW gibt, nun auch endlich aufgestellt wird. Eine solche *Task Force* wurde 2021 von der Landesregierung als Ziel ausgegeben, existiert aber nach wie vor nicht. Diese *Task Force* und auch die Behörden, die die Geldwäsche überwachen, müssen dann natürlich auch personell so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind,



Unser Generalsekretär Sascha Binder (2.v.l.) war mit dem Journalisten Sandro Mattioli (2.v.r.) und LKA-Präsident Andreas Stenger (rechts) bei „Zur Sache! Baden-Württemberg“ eingeladen, um über die italienische organisierte Kriminalität in Baden-Württemberg zu sprechen.

ihrer Aufgabe nachzukommen.

Neben der Verfolgung von bereits vergangenen Straftaten geht es aber auch um Prävention. Wie können wir gerade den vielen italienischstämmigen Personen in Baden-Württemberg ein Angebot bieten, sich zu melden? Auch hier gab es ein Vorhaben, ein italienischsprachiges

Angebot einzuführen, das dann aber gestoppt wurde. Wir müssen aber die niederschweligen Angebote, die es gerade in der heutigen Zeit gibt, nutzen und einführen.

ANZEIGE

WIRB EIN MITGLIED

SPD Soziale Politik für Dich.



MACH MIT!



ALLE INFOS ZUR KAMPAGNE



HIER KANNST DU WERBEMATERIALIEN BESTELLEN



SOCIAL MEDIA-VORLAGEN & MEHR

Was Sozialdemokratie ist, kann man manchmal sogar im Kalender ablesen: Ein Jahr, nachdem die SPD 2011 mit den Grünen an die Landesregierung kam, schaffte Baden-Württemberg die Studiengebühren ab. Und ein Jahr, nachdem die Grünen 2016 eine Regierung mit der CDU gebildet hatten, kamen die Studiengebühren wieder. 1.500 Euro für Studierende aus Nicht-EU-Ländern, dazu Gebühren für Zweitstudien.

Das war schon immer falsch, und darüber müssen wir in der SPD gar nicht nachdenken. **Bildung hat gebührenfrei zu sein, das gilt für uns von der Kita bis zum Meistertitel und natürlich auch an den Hochschulen.** Doch in Baden-Württemberg sind die Gebühren ganz besonders falsch, und das auch noch zu einer denkbar falschen Zeit.

Denn solche Gebühren gibt es in anderen Bundesländern nicht, und der Effekt ist inzwischen deutlich: Anderswo sind die Zahlen ausländischer Studierender in den vorigen Jahren gestiegen, in Baden-Württemberg aber gesunken. Und das in Zeiten, in denen der Fachkräftemangel immer heftiger spürbar wird und die **Wirtschaft mahnt, sich um Fachkräfte aus dem Ausland zu bemühen.** An unseren Hochschulen schreckt das Land sie mit Gebühren ab, die es nur hier gibt.

Unsinnig sind die Gebühren aber auch in sich: 1.500 Euro pro Semester sind für einen jungen Menschen viel Geld, für die Staatskasse bringt es aber nicht viel und für die Hochschulen noch weniger. Rund 30 Millionen Euro bringen die ausländischen Studierenden dem Wissenschaftsministerium pro Jahr ein, und das Ministerium gibt selbst zu, dass gerade 20 Prozent davon, also nur sechs Millionen Euro, tatsächlich an die Hochschulen zurückfließen. Wenn wir dann noch bedenken, welcher immense Verwaltungsaufwand nötig ist, sind die Gebühren unterm Strich fast ein Nullsummenspiel.

Und überhaupt: 30 Millionen Euro Einnahmen pro Jahr? So viel gibt Grün-Schwarz nach eigenen Angaben pro Jahr für zusätzliche, externe Regierungsberatung aus, während sich die Regierung (für deutlich mehr als 30 Millionen Euro zusätzlich) ohnehin auf eine Rekordgröße aufgebläht hat. Anders ausgedrückt: Dafür, dass das Land ausländische Akademiker:innen verprellt, bekommen seine Hochschulen im Jahr kaum sechs

STUDIENGEBÜHREN: FALSCHER IDEE ZUR GANZ FALSCHEN ZEIT

ES HAT GEWIRKT: DIE SPD HAT DAFÜR GESORGT, DASS JETZT AUCH DIE REGIERUNGSFRAKTIONEN AN DEN STUDIENGEBÜHREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG ZWEIFELN. FRAKTIONSCHIEF ANDREAS STOCH ERKLÄRT, WARUM WIR UNS DENNOCH NICHT ZURÜCKLEHNEN DÜRFEN. DENN DEN WORTEN MÜSSEN TATEN FOLGEN.



Solch ein Wappentier brauchen die Universitäten in Baden-Württemberg nicht!

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:
Nicole Matthöfer

Redaktion:
Hendrik Rupp
Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon:
0711 2063-711/781

E-Mail: zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

facebook.com/
spdlandtagbw

twitter.com/
spdlandtagbw

instagram.com/
spdlandtag_bw

Millionen Euro. **Das Land gibt derzeit über 20 Millionen Euro für die alberne „The Länd“-Kampagne aus. Mit der will man, Achtung, ausländische Fachkräfte ins Land locken.**

Die gute Nachricht: Offensichtlich war dieser Zustand dermaßen absurd, dass selbst Grüne und CDU nicht mehr darüber hinwegsehen konnten. Als die SPD Ende April im Landtag einmal mehr die Abschaffung der Gebühren forderte, zeigten sich die Regierungsparteien plötzlich sehr offen: Ja, die Gebühren gehörten abgeschafft, hieß es. Das war eine schöne Überraschung.

Die schlechte Nachricht: Bisher ist es bei den großen Worten geblieben. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD lehnten Grüne und Schwarze erst mal ab, und Wissenschaftsministerin Olschowski ließ erklären, so schnell sei mit der Abschaffung gar nicht zu rech-

nen, andere grünkonservative Stimmen erklärten, es gehe jetzt auch nur mal um die Studierenden aus den Nicht-EU-Ländern und beispielsweise nicht um die Gebühr für Zweitstudiengänge. Die aber betrifft zum Beispiel auch alle, die sich nach einem Fachstudium dafür entscheiden, Lehrerin oder Lehrer zu werden. **Auch hier sucht das Land also händeringend nach Fachkräften, belegt diejenigen, die Fachkräfte werden wollen, aber mit Strafgebühren.** Und diese Fälle sind keine exotischen Ausnahmen: Im vergangenen Wintersemester haben mehr als 3.500 Studierende in Baden-Württemberg Gebühren für ein Zweitstudium berappen müssen. Was soll das?

Wir als SPD halten es für technisch und bürokratisch möglich, die Studiengebühren in Baden-Württemberg sehr schnell abzuschaffen. Und bekanntlich hat die Landesregierung nach unserer Kenntnis viel mehr Geld, als sie zugibt. Sie rechnet sich arm, um eine Ausrede für ihre Tatenlosigkeit zu haben. 30 Millionen Euro pro Jahr? Dafür muss Baden-Württemberg keinen Studierenden in die Tasche greifen.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Bildung gebührenfrei ist. Wo Gebühren erhoben werden, entscheiden sich auch junge Leute mit viel Potenzial gegen Bildung – wenn es ihnen oder ihren Eltern am Geld fehlt. Das gilt auch an den Hochschulen und erst recht in Baden-Württemberg, das mit den unsinnigen grün-schwarzen Gebühren einen massiven Standortnachteil erfahren hat. Das müssen alle begreifen: Ein Studium ohne Gebühren ist keine Wohltätigkeit, sondern eine nötige Investition. Für unsere Studierenden und unsere Wirtschaft, unsere Schulen und unsere Zukunft.